

## Schwerpunktbereich

Raphael Schäfer\*

# Leitfälle des Internationalen Gerichtshofs aus 70 Jahren Rechtsprechung

<https://doi.org/10.1515/jura-2018-0189>

*Völkerrecht – Konstitutionalisierung – Internationaler Gerichtshof – IGH-Statut – Internationale Streitbeilegung*

## I. Einleitung

Die Konstitutionalisierung des Völkerrechts ist eine der kontroversesten Debatten der aktuellen Forschung.<sup>1</sup> Sie steht zunächst für die interne Entwicklung verfassungsähnlicher Elemente und Ausprägung einer Rangordnung völkerrechtlicher Prinzipien.<sup>2</sup> Verbunden ist damit aber gleichzeitig die Frage nach dem Verhältnis zweier Völkerrechtsmodelle und dem damit verbundenen Charakter der Rechtsordnung. Auf der einen Seite steht das »klassische Modell des Völkerrechts« mit dem Primat des Vertragsrechts und der dadurch geschaffenen Koordinations- und Kooperationsordnung. Aufgrund der grds. zunächst uneingeschränkten staatlichen Souveränität ist die Bindung an eine völkerrechtliche Norm ausschließlich vom Belieben der Staaten abhängig.<sup>3</sup> Auf der anderen Seite steht das progressive »konstitutionelle Modell des Völkerrechts«, dessen »Verfassungsnormen« die internationale Gemeinschaft als solche binden können<sup>4</sup> und sich damit gegenüber dem Staatswillen verselbständigen haben.<sup>5</sup>

Die Verwendung des Begriffs der »Verfassung« (Konstitution) soll natürlich nicht dazu verleiten, nationalstaat-

liches Verfassungsdenken auf die völkerrechtliche Sphäre eins zu eins übertragen zu wollen. Wie bereits angedeutet geht es im Kern um eine Ordnung der völkerrechtlichen Binnenstruktur sowie um eine Anpassung des völkerrechtlichen Systems an die Anforderungen der Globalisierung des 21. Jahrhunderts.<sup>6</sup>

Da das Völkerrecht über keinen »Gesetzgeber« verfügt, ist die Etablierung, Qualifizierung und Ordnung völkerrechtlicher Rechtssätze mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Zentrale Bedeutung kommt bei diesem Unterfangen den Urteilen und Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) zu. Diese werden häufig als Beleg für die Existenz und Wertigkeit einer völkerrechtlichen Norm angeführt, sodass die Kenntnis dieser »Grundlagenfälle« unerlässlich ist, um den gegenwärtigen Stand des Völkerrechts beurteilen zu können. Die Fälle vor dem IGH sind regelmäßig sehr umfangreich und komplex. Eine schnelle Durchsicht der Entscheidungen wird ohne vorherige Kenntnis der jeweiligen Problematik kaum möglich sein. Ein sorgfältiges Studium der Fälle kann – und möchte – auch dieser Beitrag nicht ersetzen. Sein Ziel liegt vielmehr darin, eine Auswahl zentraler Entscheidungen des Gerichtshofs mit erheblicher Auswirkung auf die Staatenpraxis in der gebotenen Kürze darzustellen, um damit idealerweise eine Anregung zur tiefergehenden Auseinandersetzung zu liefern.

Dabei sind nicht nur die Aussagen des Gerichtshofs zum materiellen Recht von Relevanz, sondern ebenfalls die Auslegung und Anwendung seines Prozessrechts. Dieses stellt ein eigenes normatives System dar, welches aufgrund der strukturellen Besonderheiten internationaler Rechtsprechung geschaffen wurde.<sup>7</sup>

Dieser Beitrag befasst sich daher mit der Rechtsprechung des IGH zu prozessualen Fragen und stellt eben jene strukturellen Besonderheiten vor.

<sup>1</sup> Siehe grundlegend *Peters* ZÖR 2010, 3, 10 ff.

<sup>2</sup> Siehe bspw. *Fassbender* *The United Nations Charter as the Constitution of the International Community*, 2009; *Klabbers/Peters/Ulfstein* *The Constitutionalization of International Law*, 2009.

<sup>3</sup> *Tschentscher* VVdStRl 2015, 407, 409 f.

<sup>4</sup> *Tschentscher* VVdStRl 2015, 407, 410.

<sup>5</sup> *Krieger* VVdStRl 2015, 439, 445 f.

**Hinweis:** Alle Fehler und Ungenauigkeiten liegen ausschließlich in meiner Verantwortung.

\***Kontaktperson:** Raphael Schäfer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Doktorand an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

<sup>6</sup> *Tschentscher* VVdStRl 2015, 407, 427; *Krieger* VVdStRl 2015, 439, 441.

<sup>7</sup> *Encyclopedia of Public International Law/Thirway Procedure of International Courts and Tribunals*, 1997, 1128. Zum Ganzen siehe jüngst *Punzhin* LJIL 2017, 661.

## II. Der Internationale Gerichtshof im System der Vereinten Nationen

Der IGH ist nach Art. 7 der UN-Charta eines der Hauptorgane der Vereinten Nationen und gem. Art. 92 S. 1 UN-Ch deren »principal judicial organ«. Er nimmt seine Aufgaben nach Maßgabe des IGH-Statuts wahr, welches integraler Bestandteil der UN-Charta ist, Art. 92 S. 2 UN-Ch. Das Statut wird konkretisiert durch eine Verfahrensordnung (»rules of procedure«),<sup>8</sup> die sich der Gerichtshof selbst gibt, Art. 30 Abs. 1 IGH-Statut.

Der IGH ist zwar nicht der formelle Nachfolger des Ständigen Internationalen Gerichtshofs (StIGH), welcher zur Völkerbundzeit als »independent international judicial organ« gegründet wurde.<sup>9</sup> Dennoch sieht der IGH den Ständigen Gerichtshof als seinen Vorläufer an und nimmt auch wiederkehrenden Bezug auf dessen Rechtsprechung (vgl. auch Art. 92 S. 2 UN-Charta).

Gem. Art. 93 Abs. 1 UN-Ch sind alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen »ohne weiteres« Vertragsparteien des IGH-Statuts. Damit ist aber noch nicht gesagt, dass die UN-Mitgliedstaaten auch automatisch seiner Rechtsprechungsgewalt unterworfen sind. Für den IGH gilt, wie für alle anderen internationalen Spruchkörper auch, die Besonderheit, dass seine Zuständigkeit explizit durch die Staaten anerkannt werden muss.<sup>10</sup> Eine obligatorische Gerichtsbarkeit ist dem Völkerrecht fremd. Sehr deutlich formulierte der StIGH dieses klassische Verständnis im Mavrommatis-Fall, welcher einen Streit zwischen Griechenland und Großbritannien um die Ausübung der an einen griechischen Staatsangehörigen verliehenen Konzessionen in Palästina (damaliges britisches Mandatsgebiet) betraf:

the Court[s] jurisdiction is dependent on the will of the States concerned in the dispute.<sup>11</sup>

Seine sachliche Zuständigkeit ist mit »all legal disputes concerning [...] any question of international law« (Art. 36 Abs. 2 lit. b IGH-St) quasi uneingeschränkt.<sup>12</sup>

<sup>8</sup> Siehe hierzu ICJ, *Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua (Nicaragua v. United States of America)*, Judgment of 27 June 1986 14, 29 Rn. 38.

<sup>9</sup> Max Planck Encyclopedia of Public International Law/*Rosenne* Permanent Court of International Justice (PCIJ), Stand vom Oktober 2006, Rn. 8.

<sup>10</sup> *Oellers-Frahm* FS Eitel 2003, 169, 170.

<sup>11</sup> PCIJ, *Mavrommatis Palestine Concessions (Greece v. Britain)*, Judgment of 30 August 1924, 30; siehe dazu *Borchard* AJIL 1925, 728.

<sup>12</sup> *Simma* DRZ 2006, 181.

Das für die Entscheidungen des Gerichtshofs anwendbare Recht nennt Art. 38 Abs. 1 IGH-St: »international conventions« (Völkervertragsrecht), »international custom« (Völkergewohnheitsrecht), sowie »general principles of law« (allgemeine Rechtsgrundsätze).<sup>13</sup> Die in Absatz 2 der Norm enthaltene Möglichkeit der Parteien, den IGH nach Billigkeitgesichtspunkten (*ex aequo et bono*) entscheiden zu lassen, ist bisher nicht genutzt worden.

Seine Entscheidungen verpflichten gem. Art. 94 Abs. 1 UN-Ch und Art. 59 IGH-St nur die am Streit beteiligten Parteien und binden weder dritte Staaten noch den Gerichtshof selbst für zukünftige Entscheidungen (keine *stare-decisis*). Allerdings nimmt er mit Wendungen wie »it is well established in the Court's jurisprudence«<sup>14</sup> regelmäßig Bezug auf frühere Entscheidung und weicht nicht ohne zwingende Gründe hiervon ab. Verstärkt wird die Bedeutung des Fallrechts des IGH durch dessen große Rezeption in der Staatenpraxis.<sup>15</sup> Insbesondere bei der Konkretisierung völkerrechtlicher Regeln und der Feststellung von Gewohnheitsrecht kommt Entscheidungen des IGH durch den Einfluss auf die Staatenpraxis zwar nicht de iure aber de facto rechtserzeugende Wirkung zu.<sup>16</sup>

Falls eine Streitpartei ihren Verpflichtungen aus dem Urteil nicht nachkommt, kann sich die andere Partei gem. Art. 94 Abs. 2 1. HS UN-Ch an den Sicherheitsrat wenden. Nach dem zweiten Halbsatz der Norm steht es aber im Ermessen des Sicherheitsrats (»if it deems necessary«), ob und wie er dem Urteil Wirksamkeit verschafft.<sup>17</sup>

Die UN-Charta, konkretisiert durch das IGH-Statut, sieht das streitige Verfahren (contentious cases) nach Kapitel III vor, welches ausschließlich Staaten offensteht, sowie das Gutachtenverfahren (advisory opinions) nach Kapitel IV, das zur Beantwortung von Rechtsfragen dient,

<sup>13</sup> Dieser Katalog wird häufig, wenn auch dogmatisch ungenau, als Sammlung der Völkerrechtsquellen genannt, siehe hierzu *Stein/von Buttlar/Kotzur* Völkerrecht, 14. Auflage, 2017, Rn. 23.

<sup>14</sup> ICJ, *Oil Platforms (Islamic Republic of Iran v. United States of America)*, Judgment of 6 November 2003 Rn. 117.

<sup>15</sup> *Tomka* Inaugural Hilding Eek Memorial Lecture, 2. Dezember 2013, 7, abrufbar unter <http://www.icj-cij.org/presscom/files/9/17849.pdf>.

<sup>16</sup> *Zimmermann/Tomuschat/Oellers-Frahm/Tams* The Statute of the International Court of Justice, 2. Auflage, 2012, Art. 59 Rn. 80 ff.; *Herdegen* Völkerrecht, 16. Auflage, 2017, 171.

<sup>17</sup> *Simma/Khan/Nolte/Paulus/Oellers-Frahm*, The Charter of the United Nations, 3. Auflage, 2012, Art. 94, Rn. 19 und 22 ff. In der Geschichte des Gerichtshofs wurde bisher nur im Nicaragua Fall auf Art. 94 Abs. 2 UN-Ch rekurriert. Der entsprechende Resolutionsentwurf S/18428 (UNSC Draft Resolution 28 October 1986) wurde aufgrund der fehlenden Zustimmung des ständigen Sicherheitsratsmitglieds USA nicht angenommen (UNSC Verbatim Record of 28 October 1986 UN Doc S/PV.2718, 51); siehe dazu *dies*. Rn. 29.

die durch die Generalversammlung, den Sicherheitsrat oder andere Organe der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen mit jeweiliger Ermächtigung durch die Generalversammlung an den Gerichtshof herangetragen werden. Im Folgenden wird jedoch ausschließlich auf das Streitige Verfahren eingegangen.

### III. Ausgewählte verfahrensrechtliche Leitentscheidungen des Internationalen Gerichtshofs

Nachfolgend werden die wichtigsten Entscheidungen des IGH zu seinem Verfahrensrecht vorgestellt, die sowohl für ein systematisches Verständnis seiner Rechtsprechung als auch der Selbstpositionierung des Gerichtshofs im völkerrechtlichen System unerlässlich sind.<sup>18</sup>

#### 1. Zuständigkeit (Jurisdiction of the Court)

Nach Art. 34 Abs. 1 IGH-St sind ausschließlich Staaten berechtigt, als Parteien vor dem Gerichtshof aufzutreten. Im Gegensatz zur nationalrechtlichen Zuständigkeit der Gerichte ist die Zuständigkeit des IGH (»jurisdiction«) aufgrund der souveränen Gleichheit der Staaten (Art. 2 Abs. 1 UN-Ch) und des daraus folgenden Grundsatzes »par in parem non habet iurisdictionem« nicht obligatorisch, sondern muss durch einen gesonderten Willensakt begründet werden.<sup>19</sup>

Die Zuständigkeit betrifft damit die Frage, ob der IGH sich mit einem Fall befassen *kann* und ist damit ein streng rechtliches Konzept.<sup>20</sup> Die eigentliche Zulässigkeitsprüfung (»admissibility«) dagegen sieht der IGH als Auseinandersetzungen an mit »reasons why the Court *should not* proceed to an examination of the merits.«<sup>21</sup> Dieses »element of discretion« ist strikt anhand rechtlicher Kriterien

auszuüben, um die Ebene der Gleichberechtigung der am Streit beteiligten souveränen Staaten nicht zu verlassen.<sup>22</sup>

Obwohl in der Praxis des IGH Zuständigkeit und Zulässigkeit nicht wie aus dem nationalen Recht bekannt streng getrennt werden können und die Grenzen hier teilweise fließend sind, soll aus didaktischen Gründen an diesem Aufbau festgehalten werden.<sup>23</sup>

Staaten können sich der Rechtsprechungsgewalt gem. Art. 36 IGH-St auf drei Wegen unterwerfen:<sup>24</sup> *ad hoc* für den konkreten Fall, Art. 36 Abs. Alt. 1; durch Ratifizierung eines völkerrechtlichen Vertrages, der im Streitfall den IGH (ggf. nach Erfüllung zusätzlicher Voraussetzungen) für zuständig erklärt,<sup>25</sup> Art. 36 Abs. 1 Alt. 2;<sup>26</sup> und zuletzt durch einseitige Unterwerfungserklärung, Art. 36 Abs. 2.

Daher gehört es zur üblichen Prozesstaktik der beklagten Partei, die »jurisdiction« des IGH wann immer möglich zu bestreiten. Dass der Gerichtshof dann in einem ersten Verfahrensabschnitt (sog. »preliminary objections« oder prozesshindernde Einreden betreffend) per Urteil (»judgment«) gem. Art. 36 Abs. 6 IGH-St über seine Zuständigkeit entscheidet, ist daher nichts Ungewöhnliches.

#### a) Einschränkung der Zuständigkeit durch die Unterwerfungserklärung

Die Unterwerfungserklärung muss nicht uneingeschränkt erfolgen, sondern kann bestimmte Fallkonstellationen von der Zuständigkeit des IGH ausnehmen. Um Waffengleichheit zwischen den Parteien herzustellen entfalten diese Erklärungen entfalten reziproke Wirkung.<sup>27</sup> Reziprozität

enables a Party to invoke a reservation to that acceptance which it has not expressed in its own Declaration but which the other Party has expressed in its Declaration [...]. Reciprocity enables

<sup>18</sup> Siehe zum Ganzen mit tiefergehender Analyse *Punzhin* LJIL 2017, 661, insb. 679 ff.

<sup>19</sup> *Simma* DRZ 2006, 181, 182 f.; *Tams* JuS 2002, 324.

<sup>20</sup> Max Planck Encyclopedia of Public International Law/*Rosenne* International Courts and Tribunals, Jurisdiction and Admissibility of Inter-State Applications, Stand vom März 2006, Rn. 2.

<sup>21</sup> ICJ, Oil Platforms (Islamic Republic of Iran v. United States of America), Judgment of 6 November 2003, Rn. 29.

<sup>22</sup> Max Planck Encyclopedia of Public International Law/*Rosenne* International Courts and Tribunals, Jurisdiction and Admissibility of Inter-State Applications, Stand vom März 2006, Rn. 2

<sup>23</sup> Zimmermann/Tomuschat/Oellers-Frahm/*Tomuschat* The Statute of the International Court of Justice, 2. Auflage, 2012, Art. 36, Rn. 119 ff.

<sup>24</sup> Siehe hierzu *Simma* DRZ 2006, 181, 182 f.

<sup>25</sup> So bspw. Art. 22 CERD oder Art. II Genocide Convention.

<sup>26</sup> Siehe die beispielhafte Aufzählung im Handbook des International Court of Justice S. 38 abrufbar unter [http://www.icj-cij.org/publications/en/manuel\\_en.pdf](http://www.icj-cij.org/publications/en/manuel_en.pdf)

<sup>27</sup> ICJ, Interhandel (Switzerland v. United States of America), Judgment of 21 March 1959, 23; *Verdross/Simma*, Universelles Völkerrecht, 3. Auflage, 1984, Rn. 194; Zimmermann/Tomuschat/Oellers-Frahm/*Tomuschat* The Statute of the International Court of Justice, 2. Auflage, 2012, Art. 36, Rn. 29.

the State which has made the wider acceptance of the jurisdiction of the Court to rely upon the reservations to the acceptance laid down by the other Party.<sup>28</sup>

Im Nicaragua-Fall versuchten die Vereinigten Staaten von Amerika unter allen Umständen zu verhindern, dass der IGH über die us-amerikanische Unterstützung der Rebellen-Gruppe der »Contras« gegen die sandinistische Regierung Nicaraguas befinden konnte. Der IGH hatte demnach – neben zahlreichen anderen Einwendungen gegen seine Zuständigkeit – über die Wirksamkeit der Einschränkungen in der US-amerikanischen Unterwerfungserklärung zu befinden, die als Connally-Vorbehalt (b) bzw. Vandenberg-Vorbehalt (c.) in die Völkerrechtsgeschichte eingingen:

*Provided*, that this declaration shall not apply to

[...]

b. disputes with regard to matters which are essentially within the domestic jurisdiction of the United States of America as determined by the United States of America; or

c. disputes arising under a multilateral treaty, unless (1) all the Parties to the treaty affected by the decision are also Parties to the case before the Court, or (2) the United States of America specially agrees to jurisdiction

[...]

Im Connally-Vorbehalt, auf den sich die USA im konkreten Fall allerdings nicht berufen hatten,<sup>29</sup> findet sich zunächst eine Wiedergabe des traditionellen völkerrechtlichen Rechtsverständnisses, wonach »Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören«<sup>30</sup> (sog. *domaine réservé*). Diese sind nicht Teil des Völkerrechts und damit der Rechtsprechung internationaler Gerichte entzogen.<sup>31</sup> Dieses wird aber anschließend dahingehend erweitert, dass die USA für sich in Anspruch nehmen, darüber zu befinden, was zur inneren Zuständigkeit gehört. Da diese Formel dem Staat eine Freikarte verschaffen würde, sich trotz Unterwerfungserklärung nach eigenem Gutdünken der Rechtsprechungsgewalt des IGH zu entziehen und damit Art. 36 Abs. 6 IGH-St ad absurdum führte, wird der Connally-Vorbehalt als unzulässig angesehen.<sup>32</sup> Unterwerfungserklärungen sind nach dem IGH:

[...] facultative, unilateral engagements, that States are absolutely free to make or not to make. In making the declaration a State is equally free either to do so unconditionally and without limit of time for its duration, or to qualify it with conditions or reservations. In particular, it may limit its effect to disputes arising after a certain date; or it may specify how long the declaration itself shall remain in force, or what notice (if any) will be required to terminate it. However, the unilateral nature of declarations does not signify that the State making the declaration is free to amend the scope and the contents of its solemn commitments as it pleases.

Im Hauptsacheverfahren bestätigte der IGH im Ergebnis – wenn auch nicht *expressis verbis* – den Vandenberg-Vorbehalt.<sup>33</sup> Da ihm folglich die Anwendung der UN-Charta (als einer der relevanten multilateralen Verträge) verschlossen war, stützte er sich ersatzweise auf gleichlautendes Gewohnheitsrecht.<sup>34</sup>

## b) Notwendige Beteiligung von Drittstaaten

Wie oben gezeigt wurde, besteht die Zuständigkeit des IGH nur im Falle expliziter Anerkennung durch die Staaten.

In bestimmten Fallkonstellationen kann der IGH gezwungen sein, über das völkerrechtliche Verhalten eines dritten, nicht am Streit beteiligten Staates zu entscheiden. Obwohl die Bewertung des IGH für den Drittstaat rechtlich nicht bindend wäre, ist dessen fehlende Zustimmung ein zwingendes Verfahrenshindernis. Zum ersten Mal relevant wurde diese Situation im sog. Monetary Gold-Fall, in dem Italien mit Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika um Eigentums- und Verwertungsrechte an Nazigold stritt. Mit Albanien war aber eine Partei abwesend, deren Eigentumsrechte ebenfalls zu bestimmen gewesen wären. Der IGH führe dementsprechend in einer Urteils Passage, die seitdem als *Monetary Gold principle* bezeichnet wird, aus:

To adjudicate upon the international responsibility of [a third State] without her consent would run counter to a well-established principle of international law embodied in the Court's Statute, namely, that the Court can only exercise jurisdiction over a State with its consent.<sup>35</sup>

<sup>28</sup> Interhandel ebd.

<sup>29</sup> Allerdings zeigte sich der Gerichtshof bereits in Interhandel (Switzerland v. United States of America), Judgment of 21 March 1959, 24 f. gegenüber einer ähnlichen Argumentation der Vereinigten Staaten kritisch.

<sup>30</sup> Definition in Art. 2 Abs. 7 UN-Ch.

<sup>31</sup> *Shaw International Law*, 7. Auflage, 2014, 471.

<sup>32</sup> *Von Arnould Völkerrecht*, 3. Auflage, 2017, 201; *Ipsen* (Hrsg.) *Völkerrecht*, 6. Aufl. 2014, 1162 ff.

<sup>33</sup> ICJ, *Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Nicaragua v. United States of America), Judgment of 27 June 1986, 31 ff. Zur umständlichen Ausdrucksweise siehe *Oellers-Frahm* *ZaöRV* 1987, 243, 254 f.

<sup>34</sup> ICJ, *Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Nicaragua v. United States of America), Judgment of 27 June 1986, 92 ff.

<sup>35</sup> ICJ, *Monetary Gold Removed from Rome in 1943* (Italy v. France, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and United

Da internationale Streitigkeiten häufig aber auch für Drittstaaten von Bedeutung sind, dürfen die »legal interests [...] not only be affected by a decision, but [have to] form the very subject-matter of the decision.«<sup>36</sup>

Bedeutung hatte das Monetary-Gold-Prinzip auch im Timor-Leste-Fall zwischen Portugal und Australien. Portugal klagte als ehemalige Kolonialmacht Timor-Lestes vor dem IGH gegen einen zwischen Indonesien (welches Timor-Leste zu dieser Zeit militärisch besetzte) und Australien geschlossenen Vertrag über die Ausbeutung des Festlandssockels vor Timor-Leste, worin ein Verstoß gegen Timor-Lestes Selbstbestimmungsrecht läge. Der IGH wies die Klage dementsprechend als unzulässig ab:

However, in this case, the effects of the judgment requested by Portugal would amount to a determination that Indonesia's entry into and continued presence in East Timor are unlawful and that, as a consequence, it does not have the treaty-making power in matters relating to the continental shelf resources of East Timor. Indonesia's rights and obligations would thus constitute the very subject-matter of such a judgment made in the absence of that State's consent.<sup>37</sup>

## 2. Zulässigkeit (Admissibility of the Application)

Ist die Zuständigkeit des IGH begründet, müssen im nächsten Schritt die Zulässigkeitsvoraussetzungen gegeben sein. Für seinen Umgang mit formellen Kriterien rekurriert der IGH regelmäßig auf den vom StIGH im Mavrommatis-Fall etablierten Grundsatz:

The Court, whose jurisdiction is international, is not bound to attach to matters of form the same degree of importance which they might possess in municipal law.<sup>38</sup>

### a) Rechtsstreit auf dem Gebiet des Völkerrechts

Aus Art. 36 II b IGH-St ergibt sich, dass der IGH über »Rechtsstreitigkeiten über ... jede Frage des Völkerrechts«

States of America), Judgment of 15 June 1954, 32. Siehe dazu auch kritisch *Thienel* GYIL 2014, 321.

**36** ICJ, *Monetary Gold Removed from Rome in 1943 (Italy v. France, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and United States of America)*, Judgment of 15 June 1954, 32.

**37** ICJ, *East Timor (Portugal v. Australia)*, Judgment of 30 June 1995, 105. Siehe dazu auch Zimmermann, *ZaöRV* 1995, 1051.

**38** PCIJ, *Mavrommatis Palestine Concessions (Greece v. Britain)*, Judgment of 30 August 1924, 34.

entscheiden kann. Im Zeitpunkt der Klageerhebung muss daher (a) eine Streitigkeit bestehen, die sowohl (b) weder rein politisch, noch bloß abstrakter Natur ist als auch (c) Konsequenzen für das Rechtsverhältnis zwischen den Parteien hat.<sup>39</sup>

### aa) Streit besteht

Ein Streit ist nach der regelmäßig zitierten Formel des Mavrommatis-Urteils:

a disagreement on a point of law or fact, a conflict of legal views or of interests between two persons.<sup>40</sup>

Der IGH zeigt sich hierbei traditionell großzügig und flexibel.<sup>41</sup> Das Vorliegen eines Streites sei »a matter [...] of substance, not of form.«<sup>42</sup>

Im Verfahren der Marshall-Inseln gegen Großbritannien, Indien und Pakistan wegen Verletzung der Abrüstungsverpflichtung aus dem Atomwaffensperrvertrag bestimmte der IGH jedoch erstmals das Bestehen eines Streites anhand rein objektiver Kriterien (sog. »objective awareness requirement«):

a dispute exists when it is demonstrated, on the basis of the evidence, that the respondent was aware, or could not have been unaware, that its views were »positively opposed« by the applicant.<sup>43</sup>

Dieser Umschwung zu einer formalen Sichtweise wurde von den unterlegenen Richtern deutlich kritisiert: De facto verpflichte dies den klagenden Staat dazu, den beklagten Staat per Notifikation von dessen Klagabsichten zu unterrichten – was de jure gerade nicht erforderlich sei.<sup>44</sup> Weiterhin würde ohne Not das *Monetary Gold principle* außer Acht gelassen: da nicht alle Atomwaffenstaaten an dem Streit beteiligt waren, hätte dessen Anwendung zu identi-

**39** *Stein/von Buttlar/Kotzur* Völkerrecht, 14. Auflage, 2017, Rn. 966.

**40** PCIJ, *Mavrommatis Palestine Concessions (Greece v. Britain)*, Judgment of 30 August 1924, 11.

**41** ICJ, *Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Croatia v. Serbia)*, Judgment of 18 November 2008, 438, Rn. 81.

**42** ICJ, *Application of the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (Georgia v. Russian Federation)*, Judgment of 1 April 2011, 84, Rn. 30.

**43** ICJ, *Obligations concerning Negotiations relating to Cessation of the Nuclear Arms Race and to Nuclear Disarmament (Marshall Islands v. United Kingdom)*, Judgment of 5 October 2016, 41.

**44** ICJ, *Obligations concerning Negotiations relating to Cessation of the Nuclear Arms Race and to Nuclear Disarmament (Marshall Islands v. United Kingdom)*, Judgment of 5 October 2016, Dissenting Opinion of Vice-President Yusuf, Rn. 23.

schen Ergebnissen geführt.<sup>45</sup> Warum der IGH sich stattdessen aber zur Einführung des singulären *awareness-requirements* genötigt gesehen hatte, stieß auch in der Literatur auf Unverständnis.<sup>46</sup>

### bb) keine rein politische Frage

Bei dem Verfahren vor dem IGH muss es sich um eine originär völkerrechtliche Streitigkeit handeln: der Gerichtshof ist weder ein »oberstes Berufungsgericht«,<sup>47</sup> noch ist er dazu berufen, rein politische Streitigkeiten beizulegen.

Streitigkeiten, die vor den IGH gelangen, weisen regelmäßig einen starken Bezug zu politischem Handeln der Staaten auf:

Almost all disputes arising between States have both political and legal aspects; politics and law meet at almost every point on the road. Political organs, national or international, are under obligation to respect the law. This does not mean that all disputes arising out of them are suitable for judicial solution.<sup>48</sup>

Beklagte Staaten versuchen daher häufig, den Streit als ausschließlich politischen darzustellen, um so eine Entscheidung des IGH zur Begründetheit zu verhindern. Wie der IGH mit dieser Problematik umgeht, wird am Fall *Nicaragua v. Honduras* exemplarisch deutlich:

[T]he Court is aware that political aspects may be present in any legal dispute brought before it. The Court, as a judicial organ, is however only concerned to establish [...] that the dispute before it is a legal dispute, in the sense of a dispute capable of being settled by the application of principles and rules of international law [...].<sup>49</sup>

Einen wichtigen Sonderfall bildet die parallele Befassung des IGH und des Sicherheitsrates mit einer Angelegenheit.

Dass IGH und Sicherheitsrat parallel mit einer Sache befasst sein können, ist nach dem System der UN-Charta keine Besonderheit und hatte den IGH u. a. im Teheraner Geiselfall beschäftigt, in dem die Vereinigten Staaten von

Amerika die Besetzung ihrer Botschafts- und Konsulargebäude sowie die Geiselnahmen ihrer Beamten als Verletzung des Diplomaten- und Konsularrechts durch iranische Studenten rügten:

Whereas Article 12 of the Charter expressly forbids the General Assembly to make any recommendation with regard to a dispute or situation while the Security Council is exercising its functions in respect of that dispute or situation, no such restriction is placed on the functioning of the Court [...]. The reasons are clear. It is for the Court, the principal judicial organ of the United Nations, to resolve any legal questions that may be in issue between parties to a dispute; and the resolution of such legal questions by the Court maybe an important, and sometimes decisive, factor in promoting the peaceful settlement of the dispute.<sup>50</sup>

Beide Tätigkeiten können demnach komplementär zueinander ausgeführt werden,<sup>51</sup> wie der IGH später im *Nicaragua-Fall* explizit feststellte:

The Council has functions of a political nature assigned to it, whereas the Court exercises purely judicial functions. Both organs can therefore perform their separate but complementary functions with respect to the same events.<sup>52</sup>

Im *Lockerbie-Fall*, der die Verantwortlichkeit für den Anschlag auf Pan-Am-Flug 103 betraf, war u. a. die Frage aufgeworfen, ob der IGH, gewissermaßen als »guardian of legality for the international community as a whole, both within and without the United Nations,«<sup>53</sup> möglicherweise auch die Rechtmäßigkeit von Sicherheitsratsresolutionen überprüfen könne.<sup>54</sup>

<sup>50</sup> ICJ, *United States Diplomatic and Consular Staff in Tehran* (United States of America v. Iran), Judgment of 24 May 1980, 21 f., Rn. 40.

<sup>51</sup> ICJ, *Questions of Interpretation and Application of the 1971 Montreal Convention arising from the Aerial Incident at Lockerbie* (Libyan Arab Jamahiriya v. United Kingdom), Order of 14 April 1992, Separate Opinion by Judge Lachs, 27.

<sup>52</sup> ICJ, *Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Nicaragua v. United States of America), Judgment of 26 November 1984, 434 f., Rn. 95; siehe auch ICJ, *Questions of Interpretation and Application of the 1971 Montreal Convention arising from the Aerial Incident at Lockerbie* (Libyan Arab Jamahiriya v. United Kingdom), Judgment of 27 February 1998, Separate Opinion of Judge Kooijmans, 147 Rn. 9. Zu Besonderheiten im Kollisionsfall siehe *Stein/von Buttlar/Kotzur Völkerrecht*, 3. Auflage, 2017, Rn. 973.

<sup>53</sup> ICJ, *Questions of Interpretation and Application of the 1971 Montreal Convention arising from the Aerial Incident at Lockerbie* (Libyan Arab Jamahiriya v. United Kingdom), Order of 14 April 1992, Separate Opinion by Judge Lachs, 26.

<sup>54</sup> ICJ, *Questions of Interpretation and Application of the 1971 Montreal Convention arising from the Aerial Incident at Lockerbie* (Libyan Arab Jamahiriya v. United Kingdom), Judgment of 27 February 1998, insbes. 26, Rn. 44.

<sup>45</sup> ICJ, *Obligations concerning Negotiations relating to Cessation of the Nuclear Arms Race and to Nuclear Disarmament* (Marshall Islands v. United Kingdom), Judgment of 5 October 2016, Separate Opinion of Judge Bhandari, Rn. 18.

<sup>46</sup> *Becker Cambridge Journal of International Law* (2017) 4.

<sup>47</sup> ICJ, *LaGrand* (Germany v. United States of America), Judgment of 27 June 2001, Rn. 52.

<sup>48</sup> ICJ, *Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Nicaragua v. United States of America), Judgment of 27 June 1986, Separate Opinion of Judge Lachs, 168.

<sup>49</sup> ICJ, *Border and Transborder Armed Actions* (Nicaragua v. Honduras), Judgment of 20 December 1988, 91, Rn. 52.

Der Gerichtshof tat sich mit der Frage schwer und ließ sie weitestgehend unbeantwortet. In der Literatur wurde dem Gerichtshof ein »leicht verwirrender, wenn nicht widersprüchlicher« und jedenfalls »hoch vorsichtiger« Umgang mit der Frage attestiert.<sup>55</sup> *Stein* liest die Passage des Gerichtshofs, sich jedenfalls nicht im Verfahren auf einstweilige Anordnung dazu berufen zu sehen, als mögliche Andeutung, im Verfahren zu den materiellen Fragen (zu dem es aber aufgrund außergerichtlicher Einigung der Parteien nicht mehr kam) darüber zu entscheiden:

[T]he Court, while thus not at this stage called upon to determine definitively the legal effect of Security Council resolution [...]<sup>56</sup>

Eine Lesart, die in Einklang steht mit der Separate Opinion des Richters Shahabuddeen, wonach die »validity of the resolution [...] has, at this stage, to be presumed.«<sup>57</sup>

Die Kompetenz des IGH zur Überprüfung von Sicherheitsratsresolutionen des UN-Sicherheitsrat ist daher noch nicht abschließend geklärt.<sup>58</sup> Auch wenn sich im Lockerbie Fall gezeigt hat, dass der IGH nicht ohne Weiteres die Rolle eines »Verfassungsgericht« im UN-System einnehmen möchte, geht aus Sondervoten jedoch ein starkes Selbstbewusstsein hervor, dass es am Gerichtshof selbst ist, über die Zulässigkeit jedweder Klage zu entscheiden.<sup>59</sup> Ein *Marbury v. Madison*<sup>60</sup> auf völkerrechtlicher Ebene ist daher (noch) nicht ergangen.

### cc) Relevanz für das Verhältnis zwischen den Parteien

Der Streit muss bis zum Entscheidungszeitpunkt des IGH bestehen. Erledigt er sich vorher, wird dem Verfahren damit der Gegenstand entzogen. Prominentestes Beispiel ist hierfür der Nuclear-Test-Case, in welchem Frankreich Neuseeland zugesichert hatte, zukünftig keine Atomwaffen-

<sup>55</sup> *Martenczuk* EJIL 1999, 517, 533 und 546.

<sup>56</sup> ICJ, Questions of Interpretation and Application of the 1971 Montreal Convention arising from the Aerial Incident at Lockerbie (Libyan Arab Jamahiriya v. United Kingdom), Judgment of 27 February 1998, 29, Rn. 50; *Stein* AdV 1993, 206, 228

<sup>57</sup> ICJ, Questions of Interpretation and Application of the 1971 Montreal Convention arising from the Aerial Incident at Lockerbie (Libyan Arab Jamahiriya v. United Kingdom), Judgment of 27 February 1998, Separate Opinion of Judge Shahabuddeen, 28 Rn. 147.

<sup>58</sup> Siehe hierzu, u. a., *Gowlland-Debbas* AJIL 1994, 643.

<sup>59</sup> ICJ, Questions of Interpretation and Application of the 1971 Montreal Convention arising from the Aerial Incident at Lockerbie (Libyan Arab Jamahiriya v. United Kingdom), Judgment of 27 February 1998, Separate Opinion of Judge Kooijmans, 147 Rn. 9: »It is for the Court and only for the Court to determine whether it is competent to entertain the claim on the basis of the relevant legal provisions.«

<sup>60</sup> Siehe zur Relevanz dieses U. S. Supreme Court Urteils *Brugger* JuS 2003, 320.

tests mehr in Französisch-Polynesien durchzuführen. Der Gerichtshof

[...] therefore sees no reason to allow the continuance of proceedings which it knows are bound to be fruitless. While judicial settlement may provide a path to international harmony in circumstances of conflict, it is none the less true that the needless continuance of litigation is an obstacle to such harmony.<sup>61</sup>

Um seine »judicial integrity« zu schützen,<sup>62</sup> wird der Gerichtshof darüber hinaus, selbst wenn alle Voraussetzungen gegeben sind, kein Urteil erlassen, wenn diesem keine praktische Relevanz zukommt:

The Court's judgment must have some practical consequence in the sense that it can affect existing legal rights or obligations of the parties, thus removing uncertainty from their legal relations.<sup>63</sup>

Aus dieser Auffassung der Funktion des Gerichtshofs folgt, dass er in der Regel auch kein Feststellungsurteil erlassen wird, selbst wenn er sich hierfür ermächtigt sieht:

That the Court may [...] make a declaratory judgment is indisputable. The Court has, however, already indicated that even if [...], the Court finds that it has jurisdiction, it is not obliged to exercise it in all cases. If the Court is satisfied, [...], that to adjudicate on the merits of an Application would be inconsistent with its judicial function, it should refuse to do so.<sup>64</sup>

### b) Klageberechtigung (standing) bei der Ausübung diplomatischen Schutzes

Nach dem klassischen Verständnis, welches der StIGH im Mavrommatis-Fall formulierte, wird der Konflikt zwischen Individuum und Gaststaat erst dann völkerrechtlich relevant, wenn die gerügte Rechtsverletzung durch den Heimatstaat aufgegriffen und als Verletzung *eigener* Rechte (Recht auf völkerrechtskonforme Behandlung der eigenen Staatsangehörigen)<sup>65</sup> gerügt wird:

[I]t is true that the dispute was at first between a private person and a State [...]. Subsequently, the Greek Government took up the

<sup>61</sup> ICJ, Nuclear Tests (New Zealand v. France), Judgment of 20 December 1974, Rn. 61.

<sup>62</sup> ICJ, Northern Cameroons (Cameroon v. United Kingdom), Judgment of 2 December 1963, 29: »The Court itself [...] must be the guardian of the Court's judicial integrity.«

<sup>63</sup> ICJ, Northern Cameroons (Cameroon v. United Kingdom), Judgment of 2 December 1963, 34.

<sup>64</sup> ICJ, Northern Cameroons (Cameroon v. United Kingdom), Judgment of 2 December 1963, 37.

<sup>65</sup> *Von Arnould* Völkerrecht, 3. Auflage, 2017, 256.

case. The dispute then entered upon a new phase; it entered the domain of international law, and became a dispute between two States.<sup>66</sup>

Schwieriger war die Lage im LaGrand-Fall:<sup>67</sup> Die deutschen Staatsangehörigen Karl und Walter LaGrand wurden in den USA zum Tode verurteilt, ohne dass sie auf ihr Recht auf konsularischen Schutz durch ihren Heimatstaat hingewiesen wurden. Den USA wurde von Deutschland dabei nicht nur vorgeworfen, Deutschlands Rechte aus Art. 36 Abs. 1b WÜK verletzt zu haben, sondern gleichzeitig auch *identische Individualrechte* der deutschen Staatsbürger aus derselben Norm.<sup>68</sup> Die USA argumentierten, dass damit gewohnheitsrechtlicher diplomatischer Schutz betroffen sei und nicht – wie von dem die Zuständigkeit begründenden Art. 1 des Zusatzprotokolls der WÜK vorgesehene Auslegung oder Anwendung der Konsularrechtskonvention, sodass die Zuständigkeit des IGH fehlerhaft begründet sei<sup>69</sup> Der Gerichtshof ist dieser Argumentation nicht gefolgt:

[The interpretation and application of the Convention relates to] the dispute as to whether paragraph 1 (b) creates individual rights and whether Germany has standing to assert those rights on behalf of its nationals. These are consequently disputes within the meaning of Article 1 of the Optional Protocol. Moreover, the Court cannot accept the contention of the United States that Germany's claim based on the individual rights of the LaGrand brothers is beyond the Court's jurisdiction because diplomatic protection is a concept of customary international law. This fact does not prevent a State party to a treaty, which creates individual rights, from taking up the case of one of its nationals and instituting international judicial proceedings on behalf of that national, on the basis of a general jurisdictional clause in such a treaty.<sup>70</sup>

Übt ein Staat diplomatischen Schutz für ein Individuum vor dem IGH aus, erfordert dies die Erfüllung zweier zusätzlicher Voraussetzungen: die Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges (sog. local remedies rule), sowie die Berechtigung des Staates zur Schutzausübung.

<sup>66</sup> PCIJ, *Mavrommatis Palestine Concessions* (Greece v. Britain), Judgment of 30 August 1924, 12.

<sup>67</sup> Siehe hierzu *Oellers-Frahm* EuGRZ 2001, 265; *Tams* JuS 2002, 324.

<sup>68</sup> Im Urteil hat der IGH die Existenz individueller Recht im Völkerrecht anerkannt, ICJ, *LaGrand* (Germany v. United States of America), Judgment of 27 June 2001, Rn. 89. Zu Individualrechten im Völkerrecht siehe *Peters* *Jenseits der Menschenrechte*, 2014.

<sup>69</sup> ICJ, *LaGrand* (Germany v. United States of America), Judgment of 27 June 2001, 482, Rn. 40.

<sup>70</sup> ICJ, *LaGrand* (Germany v. United States of America), Judgment of 27 June 2001, Rn. 42.

### aa) nationalrechtliche Rechtswegerschöpfung

Grundsätzlich muss das Individuum den nationalen Rechtsweg erschöpfen. Im Interhandel-Fall erklärt der IGH dieses Erfordernis wie folgt:

Before resort may be had to an international court [...], it has been considered necessary that the State where the violation occurred **should have an opportunity to redress it by its own means**, within the framework of its own domestic legal system.<sup>71</sup>

Von der Erschöpfung des nationalen Rechtswegs kann abgesehen werden, wenn kein effektiver Rechtsschutz im nationalen Recht existiert.<sup>72</sup>

### bb) Befugnis zur Ausübung diplomatischen Schutzes

Zwar steht es grundsätzlich im souveränen Belieben des Staates (*domaine réservé*), seine Staatsangehörigkeit zu vergeben. Während die Verleihung der Staatsangehörigkeit durch originärem Erwerb (*ius sanguinis*, *ius soli*, ggf. in Kombination) unproblematisch ist, kann die Einbürgerung (»naturalization«) im Einzelfall völkerrechtlichen Mindeststandards widersprechen, sodass der »Heimat«staat dann nicht zur Ausübung diplomatischen Schutzes befugt ist.

Im Nottebohm-Fall hatte der IGH darüber zu befinden, ob die Einbürgerung des Deutschen Friedrich Nottebohm Liechtenstein zur Ausübung diplomatischen Schutzes berechtigte, obwohl Nottebohm über keinerlei Bindung zu Liechtenstein verfügte. Der IGH führte dazu aus:

[I]nternational law leaves it to each State to lay down the rules governing the grant of its own nationality. [...] On the other hand, a State cannot claim that the rules it has thus laid down are entitled to recognition by another State unless it has acted in conformity with this general aim of making the legal bond of nationality accord with the individual's genuine connection with the State which assumes the defence of its citizens by means of protection as against other States. [N]ationality is a legal bond having as its basis a social fact of attachment, a genuine connection of existence, interests and sentiments, together with the existence of reciprocal rights and duties. It may be said to constitute the juridical expression of the fact that the individual upon whom it is conferred [...] is in fact more closely connected with the population of the State conferring nationality than with that of any other State.<sup>73</sup>

<sup>71</sup> ICJ, *Interhandel* (Switzerland v. United States of America), Judgment of 21 March 1959, 27 (Hervorhebung vom Verfasser).

<sup>72</sup> Siehe bspw. ICJ, *Ahmadou Sadio Diallo* (Republic of Guinea v. Democratic Republic of the Congo), Judgment of 24 May 2007, 600, Rn. 44.

<sup>73</sup> ICJ, *Nottebohm* (Liechtenstein v. Guatemala), Judgment of 18 November 1953, 23.

Schwierigkeiten stellen sich ebenfalls bei der Ausübung diplomatischen Schutzes für Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die hier jedoch nur angerissen werden können. Die lange als völkergewohnheitsrecht angesehene Auffassung, wonach »[a] State may not afford diplomatic protection to one of its national against a State whose nationality such person also possesses«<sup>74</sup>, befindet sich jedoch spätestens seit der Ergänzung dieser Regel um den Halbsatz »unless the nationality of the former State is predominant« durch Artikel 7 der von der International Law Commission ausgearbeiteten (nichtbindenden) Draft articles on diplomatic protection.<sup>75, 76</sup>

Auch für Unternehmen kann diplomatischer Schutz ausgeübt werden. In diesem Fall bestimmt sich die Berechtigung zur Schutzausübung über deren Staatszugehörigkeit. Ähnlich wie aus dem nationalen Recht bekannt, gibt es auch im Völkerrecht hauptsächlich drei Bestimmungsansätze: nach dem Gründungsstaat, nach dem Sitzstaat, sowie nach dem Heimatstaat der Mehrheitsanteilseigner. Im Barcelona Traction Fall hatte sich der IGH mit der Frage zu beschäftigen, ob Belgien – als Heimatstaat der Mehrheitsanteilseigner – diplomatischen Schutz für eine nach kanadischem Recht gegründete und in Spanien tätiges Unternehmen ausüben durfte.<sup>77</sup> Er stellte fest, dass

[i]n such cases, no doubt, the interests of the aggrieved are affected, but not their rights. Thus, whenever a shareholder's interests are harmed by an act done to the company, it is to the latter that he must look to institute appropriate action; for although two separate entities may have suffered from the same wrong, it is only one entity whose rights have been infringed.<sup>78</sup>

Aus der Unterscheidung zwischen Rechten und Interessen wird deutlich, dass ähnlich wie im nationalen Recht zunächst das Unternehmen als Rechtsperson betroffen ist, die Anteilseigner dagegen nur im Wege eines Rechtsreflexes. Es ist daher grds. Sache des Heimatstaates des Unternehmens<sup>79</sup> und nicht des der Mehrheitsanteilseigner, diplomatischen Schutz auszuüben.

<sup>74</sup> Artikel 4 Convention on Certain Questions Relating to the Conflict of Nationality Law vom 12. April 1930 (179 LNTS 89).

<sup>75</sup> A/RES/62/67.

<sup>76</sup> Vgl. zum Ganzen Stefan Talmon, Nachteile der doppelten Staatsangehörigkeit, in: Bonner Rechtsjournal 01/2017 S. 724 mwN)

<sup>77</sup> ICJ, Barcelona Traction, Light and Power Company, Limited (Belgium v. Spain) (New Application: 1962), Judgment of 5 February 1970, 32.

<sup>78</sup> ICJ, Barcelona Traction, Light and Power Company, Limited (Belgium v. Spain) (New Application: 1962), Judgment of 5 February 1970, 36.

<sup>79</sup> Siehe hierzu ICJ, Barcelona Traction, Light and Power Company, Limited (Belgium v. Spain) (New Application: 1962), Judgment of 5 February 1970, 41f.

Jedoch kann im Einzelfall ausnahmsweise die durch das Unternehmen entfaltete Sperre durchbrochen werden, wenn tatsächlich die Rechte der Anteilseigner betroffen sind:

[T]he law has recognized that the independent existence of the legal entity cannot be treated as an absolute. It is in this context that the process of «**lifting the corporate veil**» [...] has been found justified and equitable in certain circumstances or for certain purposes. [T]he veil is lifted, for instance, to prevent the misuse of the privileges of legal personality, as in certain cases of fraud or malfeasance, to protect third persons such as a creditor or purchaser, or to prevent the evasion of legal requirements or of obligations.<sup>80</sup>

### c) Form und Frist

Die Klage ist gem. Art. 40 Abs. 1 IGH-St in Schriftform einzureichen, eine Fristbindung existiert grundsätzlich nicht. Allerdings geht der IGH davon aus, dass eine Klage nach dem Gedanken der Verwirkung verspätet eingelegt werden kann und damit unzulässig ist. Ob dies der Fall ist, ist eine Frage des Einzelfalls, über die er selbst zu entscheiden hat.<sup>81</sup>

## IV. Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag sollte ein Gespür für die Besonderheiten der Zulässigkeit eines Verfahrens vor dem Internationalen Gerichtshof als völkerrechtliche Streitbeilegungsinstanz vermitteln. Für den Umgang und die Auslegung des IGH mit dem Statut ist die Kenntnis der in diesem Beitrag vorgestellten Entscheidungen unerlässlich und dürfte dementsprechend in Prüfungen auch als bekannt vorausgesetzt werden.

Auch wenn weder UN-Charta noch IGH-Statut den Gerichtshof an seine vorherigen Entscheidungen binden, legt er doch großen Wert auf eine konsistente Rechtsprechung und hat es so vermieden, wie etwa der Sicherheitsrat als reformbedürftig kritisiert zu werden. Gleichzeitig hat sich jedoch gezeigt, dass sich der IGH dem klassischen Völkerrechtsmodell verpflichtet sieht. Dieses Ergebnis ist insofern auch nicht überraschend, als dass er durch die Verträge, auf deren Grundlage er operiert, ein Kind dieses

<sup>80</sup> ICJ, Barcelona Traction, Light and Power Company, Limited (Belgium v. Spain) (New Application: 1962), Judgment of 5 February 1970, 39 (Hervorhebung vom Verfasser).

<sup>81</sup> ICJ, Certain Phosphate Lands in Nauru (Nauru v. Australia), Judgment of 26 June 1992, Rn. 32.

Modells ist. So hat er nicht zuletzt durch seine sorgfältige und unabhängige Prüfung der prozeduralen Anforderungen – auch unbeeindruckt von starken Widerständen wie bspw. im Nicaragua-Fall – ein hohes Ansehen in der Staatengemeinschaft erworben. Die wachsende Inanspruchnahme des Gerichtshofs und das damit verbundene Vertrauen in seine Spruchfähigkeit dürfte nicht zuletzt auf dem Bemühen des Gerichtshofs beruhen, »seine Verfahren effektiver zu gestalten und ein attraktives Forum zu bleiben.«<sup>82</sup> Hierfür ist es aber auch gerade im Prozessrecht

erforderlich, dass sich der Gerichtshof am Völkerrecht in seiner jeweiligen Ausprägung orientiert – auch um den Preis, nicht in der Sache entscheiden zu können – und sich aus konzeptuellen Diskussionen um den Charakter und die Zukunft des Völkerrechts als stiller Beobachter zu verhalten.

**Danksagung:** Für wertvolle Hinweise und Kritik bin ich Dr. Björnstjern Baade, Berlin, zu größtem Dank verpflichtet.

---

82 *Simma* DRZ 2006, 181, 184.